



Bravo, Herr Gutkaes, und nochmals bravo
Mit Kämpfergruß

Volk will Recht

Laß sie lächeln

Der deutsche Steuerzahler läßt nicht länger Schindluder mit sich treiben. Die Wahl Bonns zum Bundessitz war eine Fehlentscheidung, die dem deutschen Steuerzahler Hunderte von Millionen D-Mark kosten wird. Deshalb hat die Mehrheit der Abgeordneten nicht gewagt, offen mit ihrem Namen dafür einzutreten. Mit dieser Parole ist Handelsvertreter Gutkaes, Spezialität Radioapparate, jetzt auf die Frankfurter Straßen gegangen. Der Vorsitz war gefaßt, als er am 3. November am Radio seines Vertreterfreundes Hans Theis hörte, wie der Bundestag für Bonn stimmte: „Jetzt ist es aus. Ganz egal. Ich mach' jetzt hier mobil.“

Erster Mobilmachungstag war Freitag, 4. November. Mit seinem alten Opel und einer geliehenen Lautsprecheranlage fuhr Gutkaes durch die Straßen und redete zwischen Tanzmusikeinlagen: „Steuerzahler, es geht um euer Geld. Kommt alle am Sonntag zur Protestkundgebung auf den Römerberg.“ Es regnete und schneite. Die Leute kamen. Zweitausend. Sie protestierten. Und verabredeten sich für den nächsten Sonntag. Achttausend kamen. Gutkaes ließ sich von ihnen zur Gründung der „Vereinigung zur Wahrung demokratischer Rechte“ (VWR = Volk will Recht) autorisieren.

Bis zum Totensonabend hatte Johannes Gutkaes so viel brachliegende politische Verstimmung in Frankfurt virulent gemacht, daß ihm Walter Kolb, wenn auch nur mit gebührenden Vermahnungen, die demokratiemwölkte Paulskuppel (Kolb: „Frankfurts gute Stube“) zu Gründungszwecken zur Verfügung stellte. Kolb selbst zog es allerdings vor, zur Bernd-Rosemeyer-Gedächtnisfeier zu fahren.

Ehrenplätze waren noch zu haben, als der vorbereitende Ausschuß inklusive Orgelchor und Nachspiel eine gute Stunde mit demokratischen Begrüßungsfeierlichkeiten hinbrachte.

Als der Vorstand (es gibt schon einen Vorstand), „alles Frankfurter Bürger“, sich davon beim gemeinsamen Mittagessen im Café Wien erholte, stand Gutkaesens VWR als „Nichtpartei“, als „freie Versammlung von unabhängigen Bürgern“ mit zwei Hauptprogrammankern

- Wiedereinführung des Volksbegehrens
- Abschaffung der Geheimabstimmung.

Aus Stuttgart applaudierte G. Enderle: „Bravo, Herr Gutkaes, und nochmals bravo. Endlich ein Mann, der den Mut und die Mittel hat, der Bundesregierung klarzumachen . . .“

G. Enderle konnte nicht wissen, daß Johannes Gutkaes eigentlich gar nicht die Mittel hat. Er ist sogar bereit, als Beweis die Kasse zu öffnen. Gesamtbestand DM 62,80. Ein anonymes Angebot von 10 000 DM lehnte er trotzdem ab („Wir müssen wissen, woher das Geld kommt“).

Daß von Frankfurt und Bonn inzwischen gar nicht mehr die Rede ist, bemerkt selbst er. „Das war nur der Stein des Anstoßes. Jetzt gehts ums Prinzip.“ Deshalb will Johannes Gutkaes über das ganze Bundesgebiet Aktivrgruppen gründen und ohne Beitrags-gelder, aber je nach Lage die Fehlen-scheidung von Länder-, Stadt- und Dorparlamenten korrigieren.

Johannes Gutkaes - hat sich mit seinen Leuten auf eine Kampfformel geeinigt: „Steigerung der öffentlichen Meinung bis zu dem Punkt, wo die Regierung nachgeben muß.“ In Bonn will er die Bombe so hochgehen lassen, „daß die ganze Welt davon spricht“.

Wenn das nicht gelingt, ist ein Alternativplan vorhanden. Der sieht, nach Gutkaes, so aus: „Eines Tages werden wir in Bonn erscheinen, Listen unter dem Arm, große Pakete. Dann werden wir sagen, Wir sind da. Wir wollen mit euch sprechen. Die werden lächeln, aber laß sie nur lächeln, das wird ihnen noch vergehen.“

Um Gutkaes sammeln sich Studenten und Arbeitslose, die Protestplakate kleben und für Protestunterschriften werben (33 000 hat Gutkaes auf 1500 Listen zusammen, 10 000 Listen liegen noch aus).

Der Effekt spiegelt sich in den Postz-schriften, wie „An Johannes Gutkaes, Kämpfer für wahre Demokratie, Frankfurt am Main“, schließend „Mit Kämpfergruß“. (Die Post wußte Bescheid: Eschersheimer Straße 8).

Nicht alle allerdings bestellen Kampfesgrüße. Peter Klein, Düsseldorf, schrieb: „So bedauere ich, daß Sie nicht (vor Wut) geplatzt sind. Dann hätten wir nämlich einen Blödmann weniger in unserem herrlichen Vaterland.“

Ausdrücklich das Wort Nein

Für die Politik der Reichsregierung

Werner Herr! Sie sind ein Handlanger der Besatzungsmacht und damit ein infamer Schurke! Rechtsanwalt Fritz Joseph Berthold las beim Frühstück mit Vergnügen, was ihm Fritz Andres aus Thal auf einer Postkarte geschrieben hatte. „Als damaliger Wahlbeisitzer“ wollte er ausgerechnet dem frühstückenden Münchener Rechtsanwalt bezeugen, die politischen Wahlen in den nationalsozialistischen Jahren seien in „Anleitung und Aus-führung sauber“ gewesen. Anwalt Berthold nämlich hat mit juristischer Genauigkeit das Gegenteil bewiesen.

Da schrieb im Frühjahr 1949 eine ame-rikanische Dame aus den Staaten an F. J. Berthold, München, Ludwigstraße 11. Sie schrieb wegen ihrer 1,2 Millionen Dollar, die im Staate Washington als „Feindver-mögen“ beschlagnahmt werden sollten. Die Dame hatte nach Weltkrieg Nr. 1 einen deutschen Hauptmann geheiratet und mit ihm in einem oberbayerischen Dorf ge-wohnt. Nach Weltkrieg Nr. 2 hatte sie Deutschland satt und remigrierte nach USA (der Gatte illegal mit).

Dort wurde sie auf „unamerikanisches Verhalten“ abgeleuchtet. Ob sie an einer NS-Wahl teilgenommen habe? „Ja, einmal, 1938, nach der Besetzung Oesterreichs durch Hitler.“ Da sei sie vom Schlepper-dienst der SA aus dem Bett zur Urne geholt worden. Sie habe aber einen weißen Stimmzettel abgegeben. (Es waren bei dieser Wahl zwei ganz verschiedene Fragen gekoppelt, die entweder en bloc zu bejahen oder zu verneinen waren: „Bist Du mit der am 13. März vollzogenen Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reich einverstanden und stimmst Du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?“ (Ergebnis 99,75 Prozent Ja-Stimmen in Oesterreich, 99,02 Prozent in Deutschland.)

In Bayern wurde nachgeforscht, wie wohl am damaligen Domizil der Dollar-Frau gestimmt worden sei. Ergebnis: das fragliche Dorf hatte am 10. April 1938 hundertprozentig „Ja“ gesagt. Unter den Ja-Sagern war also auch die ehemalige Ame-rikanerin, entschied, der Untersuchungsausschuß. Sie bestritt hartnäckig. Schließ-lich brauchten die NS-Hundert-Prozent ja nicht zu stimmen.

Anwalt Berthold wurde beauftragt, in Deutschland nach Beweisen für Wahlfäl-schungen und Wahlterror zu suchen. Er grub eine Hitler-Wahl-Anweisung für Kit-zingen aus: „Es ist anzunehmen, daß die überwiegende Mehrheit des Volkes mit ‚Ja‘ stimmen wird. Dem ist schon rein äußerlich dadurch Rechnung getragen, daß

Volksabstimmung und Großdeutscher Reichstag

Stimmzettel

Bist Du mit der am 13. März 1938 vollzogenen

Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reich

einverstanden und stimmst Du für die Liste unseres Führers

Adolf Hitler?

Ja Nein

der Ja-Kreis größer als der Nein-Kreis ist. Nicht alle Wähler sind aber gewandt genug, viele halten es auch für überflüssig, ihr Kreuz in den Ja-Kreis zu setzen, weil es für sie ganz selbstverständlich ist, mit Ja zu stimmen.

„Solche Wahlzettel sind also nicht etwa als ungütig zu betrachten. Es kann sogar vorkommen, daß manche in der Aufregung ihr Kreuz in den Nein-Kreis setzen. Damit ist noch lange nicht gesagt, daß sie wirklich mit Nein haben stimmen wollen. Dies kann man vielmehr erst dann annehmen, wenn sie ausdrücklich das Wort Nein in den Nein-Kreis geschrieben haben.“

Ein ehemaliger Wahlleiter bekannte noch obendrein, mit Radiergummi und Bleistift nachgeholfen zu haben. Fachmann Berthold konnte feststellen, daß etwa 15 Prozent der Wähler mit „Nein“ stimmten. In einem Stadtbezirk von München waren es bei der Oesterreich-Wahl sogar 28 Prozent Nein-Stimmen. Da war Wilhelm Sohns, 1934 Werkzeugmacher bei den Dornierwerken am Bodensee. Der alte Reichsbannermann wählte nach Hindenburgs Tod in Immenstadt: „Nein“. Als er den Zettel in die Behelfsurne steckte, sah er darin eine schräglauende Führungsleiste. Der 42. Zettel von unten mußte also dem 42. Namen in der Wählerliste entsprechen. Fünf Tage später wurde Sohns fristlos entlassen. Die Gestapo hatte ein „streng geheim“ geschickt: politisch unzuverlässig.

Am Tage nach der Volksabstimmung über Hitlers Hindenburg-Nachfolge wurden in Bad Dirsdorf in Schlesien an drei Stellen des Ortes die Nein-Wähler angeschlagen. Mit der Ueberzeile „Wir Landesverräter“ beginnend, dreizehn Namen: Bernhard von Plessen, Marianne von Plessen, Gustav Hoffmeister ... Pfarrer von Plessen telegraphierte sofort an „Staatssekretär Pfundtner, Reichsinnenministerium, Berlin: Wahlgeheimnis gebrochen. Neinsager angeprangert. Erbitten Schutz.“ Antwort kam keine.

In Heldenbergen mußten die Nein-Sager am Sonntag nach den Oesterreich-Wahlen 1938 mit „Volksverräter“-Schildern um den Hals Spießruten laufen.

Selbst die KZ-Häftlinge in Dachau sollten sich am 12. November 1933 nach Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund „für die Politik der Reichsregierung“ entscheiden. Als in der Lagerschreinerei hohe schmale Kästchen mit Zwischenwänden als Urnen angefertigt wurden, wußten sie Bescheid. Und beschlossen, alle mit „Ja“ zu stimmen. So konnten Rundfunk und Extrablätter verkünden: KZ Dachau 2850 Ja, 6 Nein. Die sechs Nein-Wähler wurden kurz nach der Wahl zum Prüglerbunker geschafft.

Anwalt Berthold hat ähnliche Beispiele zu allen vier NS-Wahlen.*) Er will sich mit seinen Wahlfälschungsbeweisen auch nach Bonn wenden. Der Bundestag soll ganz formell feststellen, die Regierung Hitlers sei eine Diktatur ohne Legalität gewesen. Wer dagegen operierte, beging also keinen Hoch- oder Landesverrat, sondern suchte einen ungesetzlichen Zustand zu wenden. Dann hätten die Gerichte endlich eine Handhabe, die Angriffe der Neonationalisten gegen aktive Hitler-Gegner zu stoppen. (Auch Anwalt Berthold war vor 1945 als Anti-Nationalsozialist im Ausland.)



Demokratischer Anwalt Berthold
Beweist genau das Gegenteil!

Zugleich würde dadurch die deutsche Kollektivschuld offiziell verneint. Wenn Hitlers Regiment keine legale Regierung war, müßten dem deutschen Volk dieselben Rechte eingeräumt werden wie den anderen eroberten Völkern, den Oesterreichern und Tschechoslowaken, meint Berthold.

Ein Stoß eidesstattlicher Erklärungen ging nach Washington. Sie genügten als Beweise für die Wahl-Unschuld der Dollar-Frau. Aber die 1,2 Millionen Dollar sind deswegen noch lange nicht frei. Die Sucher nach „unamerikanischem Verhalten“ haben nun herausgefunden, daß ihre Landsmännin wegen „Sklavenhaltung“ zu belangen sei.

In Oberbayern arbeitete eine dienstverpflichtete Russin bei ihr.



Republikanischer Minister Selbmann
Paßt noch immer nicht in einen guten Anzug

Wie der Stahl gehärtet wird

Technischer Kannibalismus

Für die Eröffnung des Burger Walzwerks durch Ost-Industrieminister Fritz Selbmann hatte der Dirigent des Kulturorchesters in der Knäcke- und Schuhmacherstadt eigens einen flotten Selbmann-Ehrenmarsch im Herms-Niels-Stil komponiert.

„Junge Pioniere“ (Piecks Staatsjugend) in weißen Hemden mit blauen Kragentüchern intonierten den Marsch auf übernommenen HJ-Fanfare.

Danach verlasen Kinder „selbstverfaßte“ Friedensresolutionen, während reife Frauenbündlerinnen den Walzwerks-Aktivisten Hennecke-Orden an die Brust hefteten.

Das Burger Walzwerk ist Fritz Selbmanns jüngstes Experiment. Als kein gelernter Stahlwerker und kein Betriebsingenieur aus der Metallurgie mehr aufzutreiben war, wurden im sowjet-kontrollierten Eisenhüttenwerk Thale in Acht-Wochen-Lehrgängen aus Politfunktionären Volksingenieurwärter für Burg gemacht. Wenn Hasso Grabner, Hauptdirektor der VESTA (Vereinigung volkseigener Stahlwerke) dazu skeptisch die Ohren hochzog, empfahl Selbmann, Nikolai Ostrowskis „Wie der Stahl gehärtet wurde“ zu lesen. Während der Konstruktionsperiode in der Sowjetunion habe es auch keine Fachleute gegeben.

Bei solcher Gelegenheit erzählt der Industrieminister der Ostregierung gern von seiner „Volontärzeit drüben“. Als Mitglied der Bundesführung des militanten Rot-Frontkämpfer-Bundes ist er von Dezember 1928 bis Juli 1929 in Moskau auf der Internationalen Kaderschule gedrillt worden, bevor er Gewerkschaftssekretär der Bezirksleitung Ruhrgebiet und ab Mai 1930 Bezirksleiter der KP Oberschlesien, preußisches M. d. L. und später Reichstagsabgeordneter wurde.

Weil er als Minister noch immer nicht in einen guten Anzug paßt, tritt er öffentlich in den seltsamsten Kostümierungen auf. Erzählt er in Bauernversammlungen von der neuen Traktorenserie „Aktivist“, die im ehemaligen Brennaborwerk in Brandenburg aufgelegt worden ist, trägt er kommißgrauen Lodenanzug mit Ringkragen und hohe Schaffstiefel. Das ist zugleich sein Jagdanzug, denn Selbmann ist passionierter Waidmann. Sonntags geht er mit Vorliebe im Thüringer Wald auf Saujagd.

Zur Eröffnung des neuen Kupferschieferschachts in Sangerhausen vor vier Wochen trug Selbmann eine veritable Bergmannskluft. Die legte er sich zu, als er im Oelsnitzer Steinkohlenrevier selbst eine Hennecke-Schicht mitverfuhr.

Zwischendurch erzählte er da Bergmannswitze aus seiner Kumpelzeit im Ruhrpott. Mit 16 Jahren war er damals Pferdejunge unter Tag. Seinem Vater, einem biedereren sozialdemokratischen Kupferschmied in Lauterbach (Hessen), war er kurz zuvor durchgebrannt. Mit 18 Jahren mußte er 1917 noch aus der Grube zum kaiserlichen Infanterie-Ersatzhaufen.

Nach der November-Revolution fand er den Weg zur radikalen Linken. In Opposition war er immer. Auch im alten Bergarbeiterverband, der ihn zweimal ausschloß.

Nach ausgedehnter Zuchthaus-Muße nach 1933 verübte er kritische und halbphilosophische Traktate über Wirtschaftsplanung und Planwirtschaft.

Seit ihn polnische Häftlinge aus Flossenburgs Todesbaracke lotsten, glaubt er, mit Hilfe der volksdemokratischen Brüder die

*) 12. 11. 34 Volksabstimmung über die deutsche Außenpolitik und Reichstagswahlen mit NSDAP-Einheitsliste.

19. 8. 1934 Volksabstimmung über Hitlers Hindenburgnachfolge.

29. 3. 1936 Reichstagswahlen mit NSDAP-Einheitsliste.

10. 4. 1938 Volksabstimmung über die Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland und Reichstagswahlen mit NSDAP-Einheitsliste.